

## Editorial

Die Zeitschrift für Politik feiert in diesem Jahr ihr hundertjähriges Gründungsjubiläum. Sie ist die älteste politikwissenschaftliche Zeitschrift in Deutschland und hat zugleich sehr viele Abonnenten im näheren und ferneren Ausland. Um diesen Geburtstag würdig zu begehen, veranstaltet die Zeitschrift für Politik am 19./20. Oktober einen Kongress in der Akademie für politische Bildung in Tutzing, der dem Thema »Deutschland in der Welt des 21. Jahrhunderts« gewidmet sein wird. Kooperationspartner der Tagung sind die Hochschule für Politik, die Akademie für politische Bildung und der Nomos-Verlag. Das Thema Deutschland soll sowohl aus der innerdeutschen, der europäischen als auch der globalen Perspektive beleuchtet werden. Außer den Herausgebern sind als Referenten geladen: Prof. Dr. Arnulf Baring, Prof. Dr. Dr. h.c. Gottfried-Karl Kindermann, Prof. Dr. Dr. h.c. Hermann Lübbe, Prof. Dr. Nida-Rümelin, Staatsminister a.D., Botschafter a.D. Dr. Gunter Pleuger, Prof. Dr. Udo Ernst Simonis. Aus den Vorträgen für diese Tagung soll im Jahr 2008 ein weiterer Sonderband der Zeitschrift für Politik entstehen.

Als Neuerung mit dieser Nummer 1 des Jahres 2007 führt die Zeitschrift für Politik ein, dass am Ende jedes Aufsatzes der deutsche Titel in englischer Übersetzung angegeben wird, also nach dem englischen Abstract. Damit entspricht die Zeitschrift für Politik einem weiteren internationalen wissenschaftlichen Standard.

Die Zeitschrift für Politik möchte auch weiterhin die Struktur fortsetzen, daß jedes Heft ein Schwerpunktthema enthält. Reine Themenhefte werden indes nicht mehr geplant. Die Zeitschrift für Politik möchte dadurch Einseitigkeiten vermeiden und zugleich strukturlose Aufsatzsammlungen.

Themenhefte werden jährlich einmal getrennt als Sonderbände veröffentlicht, die nicht unter das Abonnement fallen, aber allen Abonnenten mit Rechnung aber ohne Abnahmeverpflichtung zugeschickt werden. Letztes Jahr erschien der von Sabine von Schorlemer herausgegebene Sonderband 1 zum Thema *Globale Probleme und Zukunftsaufgaben der Vereinten Nationen*. Dieses Jahr wird als Sonderband 2 eine Sammlung herausragender Aufsätze aus 100 Jahren Zeitschrift für Politik erscheinen.

Die Zeitschrift für Politik wendet seit einem Jahr, also seit Beginn des Jahres 2006 das double-blind-review-Verfahren zur Begutachtung eingereichter Aufsätze an, das einen international üblichen wissenschaftlichen Standard erfüllt und das gerade für junge Wissenschaftler von Interesse ist. Jeder Aufsatz, der der Zeitschrift für Politik zur Publikation angeboten wird, muss vollständig anonymisiert sein, d.h. auch im Text dürfen keine Hinweise auf den Autor enthalten sein. Dieser anonymisierte Text wird dann von der Redaktion an zwei kompetente Gutachter weitergereicht, die weder den Autor des Textes kennen, noch wissen, wer der zweite Gutachter ist. Kommen die Gutachter zu unterschiedlichen Urteilen, wird ein dritter Gutachter

bestellt, der gleichfalls die anderen Gutachter nicht kennt und natürlich auch nicht den Autor. Fallen die Urteile letztlich doch nicht eindeutig aus, kann entweder ein vierter Gutachter gebeten werden oder die Konferenz der Herausgeber entscheidet nicht nur aufgrund der Gutachten, sondern auch aufgrund eigener Textkenntnis über die Publikation.

Das Verfahren – das lässt sich heute festhalten – hat sich seither bewährt, wenn sich auch manche Entscheidungen gelegentlich etwas in die Länge ziehen. Aber das ist schlicht notwendig, will man die wissenschaftliche Qualität der *Zeitschrift für Politik* gewährleisten, was letztlich auch im Interesse nicht nur der Leser, sondern vor allem der Autoren ist. Von den im Jahr 2006 der *Zeitschrift für Politik* eingereichten Aufsätzen, die unter das double-blind-review-Verfahren fielen, wurden knapp 50% abgelehnt, ca. 20% wurden angenommen, während ca. 30% sich noch im Verfahren befinden.. Knapp 20% der Aufsätze benötigten drei Gutachten. Die Zahlen bekräftigen den wissenschaftlichen Anspruch und die Qualität des Prüfungsverfahrens.

Die Redaktion